

JAHRESBERICHT 2004

Loestrasse 220
7000 Chur
Tel. 081 354 08 30
Fax 081 354 08 32
E-Mail hs-gr@pdgr.gr.ch
www.hs-gr.ch

**HEIME +
SPITÄLER
GRAUBÜNDEN**



Impressum

Jahresbericht 2004 des Verbandes Heime + Spitäler Graubünden (H+S)

Loestrasse 220

7000 Chur

Telefon 081 354 08 30

Telefax 081 354 08 32

E-Mail hs-gr@pdgr.gr.ch

Herausgeber

Heime + Spitäler Graubünden

Verantwortlich

Mario Evangelista

Layout & Gestaltung

Grafik Z + 1 · Bonaduz

Fotos

Silvio Zuccolini

Druck

Heldstab + Partner GmbH · Landquart

Auflage

400 Exemplare



Inhaltsverzeichnis

Mitglieder H+S	4
Meilensteine zur Kosteneindämmung	6
Trägerschaftspräsidentenkonferenz – Ein bewegtes Jahr	7
Spitaldirektorenkonferenz	8
Spitalärztekonzferenz – Schleichender Leistungsabbau oder Sorge um die Qualität:	10
Fachkonferenz Leiter Wohn- und Arbeitsstätten – Aufbruch - Umbruch - Abbruch.....	11
Fachkonferenz Kinder und Jugendliche	13
Jugendstation Alltag stellt sich vor	14
Pflegekaderkonferenz Heime und Pflegekaderkonferenz Spitäler	16
Heimleiter/innenkonferenz	18
Bildungskommission Dritter Lernort FaGe.....	20
Geschäftsstelle – Was sich im 2004 Wesentliches getan hat!	22
Mitgliederversammlung 2004 in Scharans	24
H+S Jahresrechnung und Bilanz 2004.....	26
H+S Jahresrechnung 2003 im Vergleich	27
FaGe Jahresrechnung und Bilanz 2004	28
FaGe Jahresrechnung 2003 im Vergleich.....	29
H+S Revisorenbericht 2004.....	30
FaGe Revisorenbericht 2004	31
Organe.....	32



Alters- und Pflegeheim Neugut	Landquart
PDGR Heimzentrum Arche Nova	Landquart
Alters- und Pflegeheim Parc Vaz/Obervaz	Lenzerheide/Lai
Alters- und Pflegeheim Bündner Herrschaft	Maienfeld
Lernstatt Känguruh	Malix
Casa di Cura per Anziani del Circolo di Mesocco	Mesocco
Steinhauser Zentrum	Obersaxen
Casa Anziani	Poschiavo
Ospedale San Sisto	Poschiavo
Ospedale della Bregaglia	Promontogno
Giuvaulta Zentrum für Sonderpädagogik	Rothenbrunnen
PDGR Heimzentrum Rothenbrunnen	Rothenbrunnen
PDGR ARBES	Rothenbrunnen
Casa di Cura Immacolata	Roveredo
Wohn- und Beschäftigungsheim Casa Soldanella	Rueras
Alters- und Pflegeheim Oberengadin	Samedan
Kreisspital Oberengadin	Samedan
Verein geschützte Wohn- und Arbeitsplätze E+S	Samedan
Kreisspital Surses	Savognin
Sonderschulheim Gott hilft	Scharans
Stiftung Scalottas	Scharans
Flury-Stiftung Schiers, Regionalspital, Alters- und Pflegeheim Prättigau	Schiers
Dmura d'attempats Chasa Puntota	Scuol
Ospidal d'Engiadina Bassa	Scuol
Alters- und Pflegeheim Tgèsa s. Vigeli	Sedrun
Rehabilitations-Zentrum Seewis	Seewis Dorf
Klinik Gut St. Moritz AG	St. Moritz
Ospidal Val Müstair	Sta. Maria i. M.
Jugendstation Alltag	Summaprada
Bergschule Avrona	Tarasp
Evangelisches Alters- und Pflegeheim	Thusis
Krankenhaus Thusis	Thusis
Kinderheim Gott hilft	Trimmis
Casa Depuoz	Trun
Alters- und Pflegeheim Casa s. Martin	Trun
Pflegewohngruppe Vals	Vals
Bürgerheim Casa Son Duno	Vaz/Obervaz
Serata Alterszentrum der Stiftung Gott hilft	Zizers
Privates Alterswohnheim	Zizers
Sonderschulheim Gott hilft	Zizers
Stiftung Kinderheim Therapieon	Zizers
St. Johannesstift	Zizers

Meilensteine zur Kosteneindämmung

► **Von Ursina Valsechi, Präsidentin Verband
Heime und Spitäler Graubünden (H+S)**

Sämtliche Fachbereiche und die Geschäftsstelle des Verbandes waren im letzten Jahr ausserordentlich gefordert. Die Auseinandersetzung mit sich verändernden Finanzierungsmodellen, einschränkenden Leistungsaufträgen und die gleichzeitige Auferlegung von rigorosen Sparaufträgen prägte die Arbeit der Konferenzen und den Kontakt unseres Verbandes mit den Amtsstellen des Bundes und des Kantons.

Umsetzungen mit prägnanten Folgen

Die Umsetzungen erweisen sich als äusserst komplex und werden nicht ohne Folgen für Arbeits- und Praktikumsplätze bleiben. Immer wieder wurde von den Leistungserbringern auf mögliche Folgen aufmerksam gemacht, mit wenig Erfolg. Die Sorge und die berechtigte Forderung nach der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung steht nach wie vor bei den Betroffenen an erster Stelle, sei es die Bereitstellung der medizinischen Versorgung in allen Regionen unseres Kantons, sei es die Förderung und Betreuung behinderter Menschen und ebenso die Erhaltung der Qualität in der Alterspflege und -betreuung.

Zu beachten gilt es zudem, dass neue Finanzierungsmechanismen auch zu neuen Gefahren führen (Abschiebung schlechter Risiken, zu schnelle Entlassungen, Verzicht auf Rehabilitation ...). Die Zusammenarbeit der Leistungserbringer in Netzwerken wird immer vordringlicher.

Politische Komponente

Die neuen Zuordnungen der Verantwortlichkeiten aufgrund des NFAs und der neuen Finanzierungsmodelle, sei es vom Bund zum Kanton, sei es von der Regierung zum Grossen Rat verändern auch

die Anforderung an die Gremien des Verbandes. Die politische Komponente wird ausserordentlich bedeutend.

Die Konferenz der Trägerschaftsorgane als eigentliche Trägerin des Verbandes hat sich bis anhin wenig aktiv an der Verbandstätigkeit beteiligt. Es sind vor allem die operativen Leitungen inkl. Pflegekader der verschiedenen Institutionen, welche die Verbandsarbeit prägen. Die Erfahrung mit den neuen Gegebenheiten zeigt, dass sich die Trägerschaften vermehrt als Gremium des Verbandes bemerkbar machen müssen, um als Interessengruppe ihre Anliegen an die politischen Mandatsträger heranzutragen. Dass der Vorstand Herrn Mario Cavigelli für die Nachfolge ins Verbandspräsidium vorschlagen darf, bedeutet eine weitere Stärkung der obgenannten Zielsetzung. Zudem sollte die Diskussion über die Errichtung eines Dachverbandes mit weiteren Partnern in den Bereichen Gesundheit und Soziales wieder einmal aufgenommen werden.

Dank

In Dankbarkeit gedenken wir des in diesem Jahr verstorbenen Herrn Jos Thöny. Er hat engagiert als Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Direktorenkonferenz die Verbandsarbeit mitgetragen.

Ein Dank gilt allen, die spontan bereit waren, seine Tätigkeiten weiterzuführen, vorallem Herrn Claudio Morell.

Ich verabschiede mich nach einer lehrreichen und intensiven Zeit mit einem herzlichen Dank an alle. n



Trägerschaftspräsidentenkonferenz

Ein bewegtes Jahr

- **Von Victor Peer, Vizepräsident H+S,
Vertreter der Trägerschaftspräsidenten/innen**

Spitalfinanzierung vom Tisch

Das verflossene Jahr war für die Spitäler in unserem Kanton sicher ein sehr bewegtes Jahr. Die von der Regierung präsentierte neue Spitalfinanzierung gab doch viel zu reden und seitens des Verbandes wurde diese minutiös unter die Lupe genommen.

In enger Zusammenarbeit mit den Spitaldirektoren wurde versucht, die neue Finanzierungsform für uns verständlich zu präsentieren. Während der Vernehmlassung hat man Korrekturen vorgeschlagen und auch Teilerfolge erzielt. Wie sich die neue Spitalfinanzierung effektiv auf die einzelnen Betriebsrechnungen auswirkt, werden uns die nächsten zwei bis drei Jahre sicher aufzeigen.

Die Verantwortung der Trägerschaften wird zunehmen, und in unseren Spitälern wird eine marktwirtschaftliche Führung Voraussetzung sein, um ein Überleben der Institutionen zu gewährleisten.

Neue Spitalplanung vorgesehen

Ende des Jahres wurde die Vernehmlassung zur neuen Spitalplanung den einzelnen Institutionen und den betroffenen Kreisen unterbreitet. Schon in Vorbesprechungen hat man feststellen können, dass es schwierig sein würde, von Seiten des Verbandes eine allgemein gültige Stellungnahme abzugeben. Eine Schliessung einzelner Spitäler steht nicht zur Diskussion, aber an einzelnen Standorten wird der individuelle Leistungsauftrag gekürzt werden. Die erwähnten Kürzungen sind nicht überall gleich zu verkraften, haben sie doch nicht für alle Regionen gleich entscheidende Folgen.

Einzelne Institutionen haben mit dem zuständigen Departement vertretbare Lösungen gefunden.

Spitalregionen, die ihren bisherigen Leistungsauftrag beibehalten möchten, müssen die anfallenden Kosten der gekürzten Leistungen selber tragen.

Mit Schreiben vom 21. Dezember 2004 teilt die Regierung den Gemeinden und Spitälern mit, dass Gemeinden, die dem kantonalen Finanzausgleich unterliegen, sich nicht an Defiziten aus solchen Leistungen beteiligen können. Eine Beteiligung würde eine Kürzung der Gelder aus dem Finanzausgleich für die betroffenen Gemeinden bedeuten. Am stärksten betroffen von der neuen Spitalplanung werden die Spitäler in den Randregionen sein, die meistens von finanzarmen Gemeinden getragen werden müssen. Pessimistisch gesehen könnte man behaupten, die neue Spitalplanung bewirke eine Schliessung der Regionalspitäler in Raten.

Die neue Spitalplanung hat nicht nur gesundheitspolitische Bedeutung, sondern kann in Zukunft sicher auch als volkswirtschaftliches Anliegen angesehen werden.

Dank

Im Namen der Trägerschaften möchte ich unseren Spitaldirektoren für ihren täglichen Einsatz, und speziell für ihre wertvolle Arbeit im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung, herzlich danken.

Ein Dankeschön geht auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die engagierte, kompetente Betreuung und Behandlung unserer Patientinnen und Patienten. n



Spitaldirektorenkonferenz

► **Von Claudio Morell, Stv. Präsident
Spitaldirektorenkonferenz**

Wenn die Spitaldirektoren Bilanz ziehen über das im Berichtsjahr Erreichte, so muss festgehalten werden, dass die Ziele, die wir angepeilt haben, nur teilweise und mit wechselndem Erfolg erreicht wurden.

Es war verständlich, dass die Massnahmen zur Sanierung des Kantonshaushaltes, vom Bündner Parlament in der Junisession 2003 beschlossen, auch das kantonale Gesundheitswesen bzw. die Spitäler trafen – unklar war nur das Ausmass. Ein leistungsfähiges und qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen hat seinen Preis und mit einschneidenden Korrekturen tun sich bekanntlich alle schwer. Das vom Departement vorgeschlagene Spitalfinanzierungssystem bedeutet einen Wechsel vom System der Defizitübernahme zu einer leistungsbezogenen Finanzierung. Daneben sollen fixe Beiträge für gemeinwirtschaftliche Leistungen fließen, und die Spitäler haben Abgaben an den Kanton aus den Erträgen von ausserkantonalen KVG-Patienten, von Halbprivat-/Privatpatienten und Selbstzahlern als Investitionsrückvergütung zu leisten.

Diese Neuregelung bildete den Schwerpunkt unserer Arbeit und Bemühungen. Es galt abzuwägen, ob mit der Einführung eines leistungsorientierten Vergütungssy-

stems die Spitalverantwortlichen ihrer Aufgabe gerecht werden konnten. Grundsätzlich befürworteten die Spitaldirektoren die Teilrevision des Krankenpflegegesetzes, distanzieren sich jedoch vom immer wieder zitierten Hinweis auf deren unwirtschaftliches Verhalten, ist es doch allgemein bekannt, dass die Kostenentwicklung in den letzten Jahren weitgehend durch gesetzgeberische Entscheide bestimmt wurde.

- n Die Löhne mussten angepasst werden – ein massiver Kostenschub.
- n Die Verkürzung der Arbeitszeiten von Assistenzärztinnen und Assistenzärzten war ein weiterer Kostenschub.
- n Das Heilmittelgesetz untersagte Rabatte, was von der Pharmaindustrie prompt zur Streichung der Rabatte an die Spitäler benützt wurde – nochmals ein Kostenschub.
- n Unzählige Verordnungen brachten ebenfalls massiv höhere Unterhaltskosten.

Wie bekannt, liegt der Teufel im Detail, sprich in den Ausführungsbestimmungen. Und so kam es, wie es kommen musste. Eine Verschiebung der bis anhin durch den Kanton getragenen Kosten zu Lasten der Gemeinden bzw. Spitalträgerschaften. Die Praxis wird erweisen, ob das ab 1.1.2005 gültige Spitalfinanzierungssystem tragbar ist. Nach wie vor sind die Spitalverantwortlichen bemüht, die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit die Trägerschaften nicht zusätzlich finanziell belastet werden.

Trotz minutiöser Vorbereitung in den vorangegangenen Jahren entstanden bei der Umsetzung des TarMed einige Probleme, die jedoch gemeinsam mit den Krankenkassensicherern zufriedenstellend gelöst werden konnten.



Landsitzung der Direktorenkonferenz im Spital Samedan im Juni 2004

Ein zähes Ringen erforderten die Verhandlungen der Verträge mit der santésuisse betreffend Verrechnung von stationären Leistungen der allgemeinen Abteilung sowie der Halbprivat- und Privat-abteilung, die auf 1.1.2004 in Kraft gesetzt wurden und bis Ende des Jahres 2005 ihre Gültigkeit haben. Auf den 1.10.2004 sind die Mehrheit der Bündner Spitäler einem Zusammenarbeitsvertrag mit den Krankenversicherern beigetreten, der Grundversicherten während einer stationären Behandlung den Aufenthalt in einer höheren Klasse ermöglicht.

Wenn auch wie bereits dargelegt, nicht alle unsere Anliegen durch das Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement Graubünden erfüllt werden konnten, so gilt es doch festzuhalten, dass verschiedene konstruktive Aussprachen zwischen Departement und Spitalern stattfanden. Dafür besten Dank.



Verabschiedung von Peter Reusch,
anlässlich der Direktorenkonferenz im November 2004

Es war mir vergönnt, eine Zeit lang den Vorsitz der Spitaldirektorenkonferenz innezuhaben. Mit grosser Genugtuung konnte ich erleben, dass Kolleginnen und Kollegen mich in dieser Aufgabe unterstützten und sehr viel dazu beitrugen, die mannigfaltigen Probleme, mit denen wir täglich konfrontiert sind, zu lösen. Besten Dank. n

Jos Thöny, Spitaldirektor

7.9.2004

Freund und Kollege Jos Thöny weilt nicht mehr unter uns. Am 7. September, nach langem Kampf und Hoffnung, ist er von seinem heimtückischen Leiden erlöst worden. Wir alle konnten erleben, dass er seit Mai 2003 dank seinem starken Lebenswillen und einer immerwährenden Zuversicht wie wir alle auf Besserung gehofft hat. Es ist anders gekommen.



Jos Thöny, als Vorsitzender der Spitaldirektorenkonferenz, hat unserem Verband dank seiner Schaffenskraft in verschiedenen Organen unterstützt. So war er Mitglied des Vorstandes und der Verhandlungsdelegation H+S/Santésuisse, Bereich

Spitäler und Heime. Er war Prüfungsexperte für kaufmännische Lehrabschlussprüfungen, Krankenhauswesen, und Delegierter der Spitaldirektorenkonferenz in der Arbeitsgruppe RACLA. Die Handschrift von Jos wird uns noch einige Zeit im Verband erhalten bleiben. n



Spitalärztekonzferenz

Schleichender Leistungsabbau oder Sorge um die Qualität: Zwei bedeutende Neuerungen ab 2005!

► **Von Prof. Dr. med. Hans Peter Simmen,
Präsident der Vereinigung Bündner Spitalärzte
und Spitalärztekonzferenz H+S**

Das neue Spitalfinanzierungssystem und das Arbeitsgesetz treten in Kraft. Beide Faktoren haben Einfluss auf die Qualität der Behandlung, deren Folgen noch nicht absehbar sind.

Mit dem Ende des Berichtjahres 2004 wird die bisherige Spitalfinanzierung mit Defizitgarantie aufgegeben und durch ein neues System ersetzt, das faktisch einem Globalbudget entspricht. Damit lassen sich die Kosten vermutlich kontrollieren, weil im Voraus ziemlich genau bekannt ist, wie viel Geld zur Verfügung steht. Die Spitalärzte stehen in der nicht sehr vorteilhaften Lage, über die knapper werdenden Ressourcen und die Verteilung entscheiden zu müssen.

Meines Erachtens wird es unter den neuen, finanziellen Gegebenheiten auch schwieriger, mit der fachlichen Entwicklung Schritt zu halten.

Einen weiteren, nicht unerheblichen Einfluss auf die Versorgungsqualität (für verschiedene Fachdisziplinen allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmass) hat das neue Arbeitsgesetz mit beschränkten Arbeitszeiten, das für Assistenz- und Oberärzte, nicht aber für Kaderärzte gilt. Die Bündner Spitaldirektoren haben sich darauf geeinigt, das neue Gesetz vorläufig nicht umzusetzen. Aber aufgeschoben ist bekanntlich nicht aufgehoben. Schon die Gesamtarbeitsverträge mit kürzeren Arbeitszeiten haben zu einer erhöhten Rotation der Assistenten geführt. Trotz Rapporten und sorgfältig geführten Akten geht durch häufige Übergaben immer Informa-

tion verloren. Die Kontinuität im Klinikbetrieb musste mehr und mehr von den Kaderärzten wahrgenommen werden. Kaderärzte sind aber nicht unbegrenzt belastbar, ausserdem können sie ihre Zeit nicht multiplizieren.

Wie sollen in Zukunft Kaderärzte ausgebildet werden? Selbst bei besser strukturierter Ausbildung sowie optimierter Organisation in den Krankenhäusern reichen 50 Stunden wöchentlich wohl nicht aus, um fachlich an die Spitze zu kommen oder zu bleiben. Übung macht den Meister, lautet ein altes Sprichwort.

Die Vereinigung der Bündner Spitalärzte hat im Jahr 2004 damit begonnen, die konventionelle Post durch E-Mail zu ersetzen. Aufgrund der ersten Erfahrungen wird dies von den Mitgliedern als sehr positiv beurteilt. Die Vereinigung kann damit bei Aussendungen nicht nur viel Zeit, sondern auch Portokosten sparen. Als Informationsplattform wurde auch eine Homepage eingerichtet, die primär als Dienstleistung für Mitglieder und Vorstand dient. In zweiter Linie soll es sich auch um einen öffentlichen Auftritt handeln. Die Homepage besteht aus zwei Bereichen. Ein öffentlicher Bereich ist frei zugänglich. Ein zweiter Bereich ist durch ein Passwort geschützt. Der geschützte Bereich entspricht dem eigentlichen Dienstleistungssektor der Mitglieder und enthält vereinsinterne Dokumente und Mitteilungen. n

Fachkonferenz Leiter Wohn- und Arbeitsstätten

Aufbruch – Abbruch - Umbruch

- **Von Ruedi Haltiner, Vorsitzender der Konferenzleitung Wohn- und Arbeitsstätten**

Nach dem von Aufbruchstimmung geprägten Jahresbericht 2002, der eher skeptischen Sichtweise auf das Jahr 2003, bleibt nun eine nüchterne Betrachtung auf das vergangene Jahr 2004. Dabei hat sich nun die Konferenz der Leiter Wohn- und Arbeitsstätten im Behindertenbereich soweit etabliert, dass die Energie voll auf die anstehenden Probleme der Branche ausgerichtet werden kann. Die Konferenzen sind gut besucht und der Austausch kann in einer konstruktiven Weise gepflegt werden. Was noch fehlt ist die Verknüpfung der Trügerschaftsgremien mit der operativen Ebene, sprich ein Austausch zwischen der Trügerschaftskonferenz und der Konferenz Leiter Wohn- und Arbeitsstätten. 2005 müsste hier eine Verbesserung bringen.

Umsetzung der arbeitsgesetzlichen Bestimmungen im Heim

Die Leiterinnen und Leiter der Bündner Behinderteninstitutionen liessen sich von kompetenter Seite über die wichtigsten Artikel des Arbeitsgesetzes und insbesondere über die umsetzungsrelevanten Verordnungsbestimmungen informieren. Frau Dr. iur. Gabriela Wyss, die im Auftrag von CuraViva die Verhandlungen mit dem SECO geführt hatte, legte dabei dar, wer nun in den Heimen in Bezug auf die Höchstarbeitszeit und Ruhezeitvorschrift vollumfänglich dem Arbeitsgesetz unterstellt werden muss und auf wen lediglich den Bestimmungen des Gesundheitsschutzes anzuwenden sind. Dabei wurde mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass für den Grossteil einer Belegschaft die wöchentliche Höchstarbeitszeit bzw. die Ruhezeitvorschriften nicht zur Anwendung gelangen. Die ursprünglich befürchteten finanziellen Auswirkungen können so für die Arbeitgeber in einem erträglichen Rahmen gehalten werden.

Zusammenarbeit Verband und kantonales Sozialamt

Im Auftrag der Konferenz fand zwischen Vertretern des kantonalen Sozialamtes und des Verbandes Heime und Spitäler eine Aussprache bezüglich Optimierungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit statt. Dabei wurde seitens des Verbandes das Anliegen deponiert, zukünftig noch verstärkt die Rolle einer koordinatorischen und vermittelnden Instanz wahrnehmen zu können. Damit sollte der Gefahr begegnet werden können, dass in Geschäften von allgemeiner Tragweite über bilaterale Absprachen Institutionen gegeneinander ausgespielt werden. Dieses Anliegen wurde vom Kantonalen Sozialamt positiv aufgenommen und die Umsetzung ist in der Zwischenzeit weit vorangeschritten. Eher reserviert reagierte man auf die Forderung, die BSV-Bedarfsplanung bezüglich der Wohn- und Arbeitsplätze zukünftig in transparenter Weise und im Austausch mit den Institutionen vorzunehmen.

Die personelle Aufstockung im Kantonalen Sozialamt im Bereich des Controllings bekamen die Institutionen zuerst einmal durch eine Erhöhung der «Formularkadenzenz» zu spüren. Hier zeichnet sich bereits heute ab, in welchen Bereichen sich die zuständigen Stellen im Justiz-, Polizei- und Sozialdepartement zukünftig profilieren werden.

Die soziale Lehre

An mehreren Sitzungen befasste sich die Konferenz mit der Einführung der sozialen Lehre im Kanton Graubünden. Diese steht offenbar noch tief im Schatten der eben erst begonnenen Lehre Fachangestellte Gesundheit (FaGe). Umso erfreulicher, dass sich die Bildungskommission des Verbandes, die sich gleichzeitig als die Organisation der Arbeit (OdA) für beide



Lehrbereiche (FaGe und Soziale Lehre) versteht, die Konzeptionierung und die Planung der Umsetzungsmassnahmen für den Lehrbeginn 2006 ins Aufgabenheft geschrieben hat. Zu wünschen bleibt eine zweckmässige Verknüpfung «unserer» OdA mit derjenigen auf eidgenössischer Ebene sowie dem fachlichen Austausch mit den laufenden Pilotprojekten. Ein Appell geht an das Bündner Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales: Soll der zweite Teil des Namens auch zum Tragen kommen, so darf auch von dieser Seite im Bereich «Soziale Lehre» ein hohes Engagement erwartet werden.

Revision der Geschäftsordnung

Eine kleine Revision der Geschäftsordnung verteilt nun die Leitung der Konferenz «Leiter Wohn- und Arbeitsstätten» auf mehrere Schultern und sorgt damit wohl für eine bessere Berücksichtigung der Anliegen der einzelnen Mitglieder. Die neue Konferenzleitung besteht nun aus Frau Emerita Engel, Leiterin Heimbereich innerhalb der PDGR, Herr Erhard Danuser, Geschäftsleiter Hosang'sche Stiftung Plankis sowie Herr Ruedi Haltiner, Geschäftsleiter ARGO. Letzterer vertritt als Vorsitzender der Konferenzleitung den Bereich Wohn- und Arbeitsstätten für Behinderte im Vorstand des Verbands Heime und Spitäler Graubünden.

Abstimmung zur NFA

Mit dem Ja des schweizerischen Souveräns zur Neuordnung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurde am 28. November 2004 nun definitiv eine neue Ära für die Institutionen im IV-Bereich eingeläutet. Voraussichtlich ab 2008 werden die Abgeltung des behindertenbedingten Mehraufwands für Wohnheime, Tages- und Werkstätten, die sogenannten kollektiven Beiträge, wie

auch die Bau- und Einrichtungsbeiträge ausschliesslich durch die Kantone ausgerichtet. Die Vertreter der Bündner Behinderteninstitutionen haben sich im Vorfeld der Abstimmung aus verschiedenen Gründen sehr zurückgehalten. Von Seiten der schweizerischen Branchenverbände, die sich im Gegenkomitee – allerdings erfolglos – stark profilierten, haben sie sich damit sicher keine Anerkennung erworben. Die pauschale Verurteilung der Behindertenverbände durch das Bündner Pro-Komitee und andere Behördenmitglieder ist umso stossender, als sich nie eine Politikerin oder ein Politiker bei den Direktbetroffenen für die Hintergründe der Befürchtungen interessierte.

n

Fachkonferenz Kinder und Jugendliche

► Von Hubert Kempfer, Präsident Fachkonferenz Kinder und Jugendliche

Jetzt ist der NFA da

Mit grosser Spannung verfolgten die Mitglieder der Heimleiterkonferenz Kinder + Jugendliche (K+J) den Abstimmungskampf um den neuen Finanzausgleich NFA. Eine so deutliche Zustimmung überraschte alle. Jetzt geht es darum, möglichst grossen Einfluss auf die Ausgestaltung des Rahmengesetzes auf Bundesebene zu nehmen und mit dem Kanton die künftige Finanzierung zu erarbeiten (Leistungsaufträge).

Neues Sonderschulkonzept

An vier Sitzungen hat die Fachkonferenz K+J im Jahre 2004 verschiedene gewichtige Themen ver- und behandelt. Die Erarbeitung des neuen Sonderschulkonzeptes für den Kanton Graubünden gab zu regen Diskussionen Anlass, war doch das Einbinden der Institutionen in die Arbeit vom Erziehungsdepartement erst nicht vorgesehen. Mit der Auftragsvergabe an die Dienstleistungsstelle der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich ist die Fachkonferenz zufrieden. Die fachlich fundierte Erarbeitung des Konzeptes ist gewährleistet, und das partielle Einbinden der Institutionen ist bereits geschehen.

Trägerschaften in die Verantwortung miteinbinden

Um die Unsicherheit mit der Erarbeitung des Sonderschulkonzeptes zu besprechen und die möglichen Folgen des NFA zu erörtern, organisierte die Heimleiterkonferenz K+J eine gemeinsame Sitzung mit allen Trägerschaftspräsidentinnen und -präsidenten zu diesen gewichtigen Themen. Dass die Trägerschaften ihre Verantwortung wahrnehmen wollen, zeigte die lückenlose Präsenz an diesem Anlass. Es wurde an dieser Sitzung beschlossen, nach einer Annahme des NFA bei der Regierung schriftlich einen Fahrplan für

die Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen für die Heime und Sonderschulen zu fordern, was mit Unterstützung des Verbandes H+S bereits geschehen ist. Die Wichtigkeit dieses Gremiums wurde unterstrichen und ein weiterer Termin für das Frühjahr 2005 bereits geplant.

Die Reorganisation der IV Stelle Chur bringt Verbesserungen für die Institutionen

Der informelle Austausch mit dem neuen Leiter (Josef Nauer) der IV-Stelle in Chur verlief für die Fachkonferenz äusserst positiv. Die immer wieder bemängelten zu langen Fristen bis Verfügungen ausgestellt werden, sollte gemäss Aussage von Herr Nauer künftig nicht mehr vorkommen. Die Mitarbeitenden der IV-Stelle in Chur seien künftig in der Lage, 60 Tage nach Erhalt des Antrages eine Antwort zu erlassen. Vorbehältlich natürlich, dass die ärztlichen Unterlagen zur Verfügung stehen.

Datenschutz

Die Fachkonferenz K+J hat den Leitfaden zum Umgang mit Klientendaten für seine Mitglieder erarbeitet und somit das gesteckte Jahresziel erfüllt.

Dank

Ein herzliches Dankeschön gebührt dem neuen Geschäftsführer von H+S Mario Evangelista. Seine grosse Unterstützung in grossen und kleinen Angelegenheiten schätzte die Konferenz K+J sehr. Eine starke Geschäftsstelle wird für unseren Bereich künftig sehr wichtig sein (NFA). Bedanken möchten wir uns auch bei der Präsidentin Ursina Valsecchi für das wache Interesse an unseren Anliegen und die umsichtige Leitung des Verbandes. Wir schätzen auch die gute Zusammenarbeit mit der Abteilung für Sonderschulung und Integration, Herr Giosch Gartmann. Ein Dank gebührt auch allen Mitgliedern der Heimleiterkonferenz K+J für ihr engagiertes Mitwirken.

Jugendstation Alltag stellt sich vor

► Von Martin Bässler,
seit August Leiter der Jugendstation

Vermutlich als eine der kleinsten und jüngsten Mitgliederinstitutionen von H+S Graubünden, freut es uns besonders, dass wir uns im Jahresbericht von H+S vorstellen dürfen.

Die Geschichte beginnt ungefähr anfangs 2000. Die Anfragen für eine Aufnahme für Jugendliche im Massnahmenvollzug oder schweren Verhaltensauffälligkeiten häufen sich in den verschiedenen Heimen der Stiftung Gott Hilft. Leider erhalten diese Jugendlichen in den IV-Sonderschulheimen der Stiftung eine Absage. Die Institutionen sind nicht für eine solche Klientel ausgerichtet, dazu fehlte auch die Anerkennung des Bundesamtes für Justiz.

So entstand bei den Verantwortlichen der Stiftung Gott Hilft die Idee, eine Jugendsta-

tion für delinquente Jugendliche zu eröffnen. Das Projekt wurde unter der Leitung von Christophe Sambalé in Angriff genommen. Die Vertreter des Kantons Graubünden unterstützen nach einer Bedarfsabklärung das Vorhaben der Stiftung, erklärten sich jedoch nicht bereit, das Projekt finanziell zu unterstützen.

Trotzdem konnte am 4. April 2003 nach einjähriger Projektierungs- und Planungsphase ein Team aus Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Lehrern und Mitarbeitern die ersten fünf Jugendlichen (die Jugendstation «Alltag» nimmt ausschliesslich männliche Jugendliche auf) in der Jugendstation «Alltag» in Summaprada empfangen. Der Start mit den Jugendlichen zeigte sich als grosse Herausforderung und es brauchte vor allem zu Beginn ein unglaublich grosses Engagement der Mitarbeitenden, die ausgearbeiteten theoretischen Konzepte in der Praxis umzusetzen, anzupassen und zu verfeinern.



Rückansicht der Villa



Als relativ schwierig zeigte sich am Anfang der Umstand, dass in die Jugendstation auch Jugendliche aufgenommen wurden, die zwar nicht verurteilt waren, aber schlicht und einfach keine Lust hatten weder wieder zur Schule zu gehen, noch sonst einen geregelten, strukturierten Tagesablauf anzuerkennen und einzuhalten. Genau zum letztmöglichen Zeitpunkt vor dem 4-jährigen Moratorium erhielt die Jugendstation als bisher einzige Bündner Institution, welche mit Jugendlichen arbeitet, die wichtige Anerkennung des BJ und damit auch die nötigen Subventionen.

**Für nähere Informationen:
www.jugendstation-alltag.ch
www.gotthilft.ch**

Durch die Anerkennung des BJ wurden nun sehr viele Jugendanwaltschaften aus fast der ganzen deutschsprachigen Schweiz auf die Jugendstation aufmerksam. Es hatte sich trotz anfänglich einiger Misserfolge herumgesprochen, dass die Jugendstation durch ihre «kleine Grösse» und ihre Tragfähigkeit als sprichwörtlich «letztes Netz» vor einer geschlossenen Anstalt, den Klienten eine letzte Chance bietet. So leben heute Jugendliche aus den Kantonen: Wallis, Zürich, Glarus, Aargau, St. Gallen, Graubünden und Luzern in der Jugendstation.

Die ersten Jugendlichen haben ihre obligatorische Schulzeit bereits absolviert und sind in Lehren und weiterführende Schulen übergetreten und leben nun auf der im August 2004 eröffneten Lehrlingsstation.

Ebenfalls seit Beginn des Schuljahres 2004/05 gab es – bedingt durch eine Auflage des BJ und um nicht IV-Institution und BJ-Institution zu stark miteinander zu verbinden – einen Leitungswechsel. So übernahm im August vergangenen Jahres Martin Bässler von Christophe Sambalé die Leitung der Jugendstation.

Nach nicht einmal zwei Jahren muss sich die Stiftung Gott hilft in Anbetracht der grossen Nachfrage bereits Gedanken machen, wo es weitergehen soll.

Mittelfristig muss für die Schüler eine grössere Liegenschaft dazu gefunden werden.

Trotz der «kleinen Grösse» und Kapazität für max. neun Klienten bei einer Mitarbeiterzahl von ca. 950-Stellenprozenten gehört die Jugendstation im schweizerischen Vergleich zu den günstigeren Institutionen und liegt in den Tageskosten klar im unteren Drittel. Ein Faktor, welcher in der heutigen wirtschaftlichen Lage und dem Spardruck der Kantone für die Jugendstation unter anderen qualitativen Faktoren, zu einem nicht zu unterschätzenden Plus geworden ist.

n

Pflegekaderkonferenz Heime Pflegekaderkonferenz Spitäler

- ▶ **Von Erich Hohl, Präsident Pflegekader Heime
Heidi Mathis, Präsidentin Pflegekader Spitäler**

Schwerpunkte 2004

- n Zukunfftige Aufgaben der Fachangestellten Gesundheit (FAGE)
- n Begleitung Lehrmeisterkurs vormals PV-Kurs
- n KRK 2000 Katastrophen und Rettungskonzept GR
- n Umsetzung Arbeitsgesetz
- n Betriebsbewilligung Heime

Mit dem Ausscheiden von Ursula Berni aus der Pflegekaderkonferenz wurde Erich Hohl Leiter Pflegedienst Alters- und Pflegeheim Lumnezia in Cumbel als neuer Präsident der Pflegekaderkonferenz Heime gewählt. Er nimmt sich der Anliegen und Wunsche der Pflegeverantwortlichen unserer Heime an und vertritt diese auch im Vorstand von H+S.

Zukunfftige Aufgaben der Fachangestellten Gesundheit (FaGe)

Die Fragen rund um die Ausbildung der neuen Mitarbeitenden mit dem Fähigkeitsausweis FaGe beschäftigten uns auch im 2004. Wo werden die Auszubildenden in den Betrieben eingesetzt? Wer betreut sie während der Lehrzeit? Welche Tätigkeiten werden sie nach Abschluss der Ausbildung übernehmen? In der Theorie, am runden Tisch sind solche Fragen leicht zu beantworten. Wie sieht es aber in der Praxis aus? Wo sind die Fachangestellten positioniert? Sind sie hauptsächlich in der Pflege tätig? Wie stets mit der Integration in die Hierarchie der Pflegeberufe? Mit diesen Fragen müssen wir uns auch weiterhin intensiv auseinandersetzen.

Begleitung Lehrmeisterkurs vormals PV- Kurs

1996 wurde unter Leitung der Pflegekaderkonferenz der erste Kurs im Kanton Graubünden für die Praktikumsverantwortlichen gestartet. Seither fanden jedes Jahr ein bis zwei Kurse statt. Die Kurse richteten sich an die Mitarbeitenden der Pflege welche auf ihrer Abteilung die Betreuung der Schülerinnen und Schüler wahrnehmen.

Mit der Einführung des Lehrortprinzips für die Ausbildung FaGe benötigen die Betriebe Mitarbeitende mit dem Lehrmeisterkurs. Dank der Initiative von Reto Nick konnte der PV-Kurs mit einzelnen Modulen ergänzt werden und wird jetzt als Lehrmeisterkurs vom Kantonalen Amt für Berufsbildung anerkannt. Die Verantwortung für diese Kurse konnte die PKK der Bildungskommission übergeben.

KRK 2000 Katastrophen und Rettungskonzept GR

Im Kanton Graubünden wird das neue Katastrophen- und Rettungskonzept umgesetzt. Das Konzept beinhaltet für ausserordentliche Geschehnisse die schnellen Sanitatszge (SSZ), aufgeteilt nach Regionen sowie den Aufbau des Care Teams Grieschun. Damit die Pflegedienstleiterinnen und -leiter der Spitäler und Heime dieses Konzept aus erster Hand kennen lernen konnten, wurde Herr Casutt vom Amt für Militär und Zivilschutz, Abt. Leiter Stv., an eine Sitzung der PKK eingeladen.

Umsetzung Arbeitsgesetz

Die Umsetzung des Arbeitsgesetzes in den Spitälern brachte für die Verantwortlichen einige Schwierigkeiten mit sich. Damit für die Mitarbeitenden die Umsetzung nicht negativ ausfällt, nicht mehr Nachteile als Vorteile für die Arbeitnehmenden entstehen, wurde Ende des Jahres eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe

eingesetzt. Anfang 2005 wird die Gruppe die Arbeit aufnehmen und verträgliche Lösungen für alle Spitäler suchen.

Betriebsbewilligung Heime

Damit die Heime die Betriebsbewilligung des Kantons erhalten, müssen verschiedene Auflagen erfüllt sein. Insbesondere die Ausbildung der Pflegeverantwortlichen im Bereich Gerontologie hat zu hitzigen Diskussionen geführt. Auf der einen Seite ist es begrüssenswert, wenn die Pflegeverantwortlichen auch im Bereich Gerontologie ihr Wissen vertiefen, daneben darf die Berufserfahrung, die viele Leitende in den Heimen gesammelt haben, nicht vergessen werden. Die Berufserfahrung stellt ein grosses Potential dar, das mit vorgeschrie-

benen Weiterbildungen nicht wettgemacht werden kann.

Einen herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben, die vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Nehmen wir die Herausforderung des Jahres 2005 mit Schwung in Angriff.

n

**Wahre Optimisten sind nicht
überzeugt, dass alles gut gehen wird,
Sie sind jedoch überzeugt, dass nicht
alles schief gehen wird.**

Jean Dutuord

H+S – Was wir tun

Wir vertreten und fördern die Interessen der Spitäler, Heime und Arbeitsstätten gegenüber Kanton, Parlamentariern, Krankenversicherern, Verbänden und anderen Organisationen sowie gegenüber der Öffentlichkeit klar, nachhaltig und unter gesundheitspolitischen Aspekten.

Wir setzen uns für ein tadellos funktionierendes Gesundheits- und Sozialwesen mit optimaler Notfallversorgung ein, als wichtiger Pfeiler für den Tourismuskanton Graubünden.

Wir sind bestrebt, regionale und kantonale Bedürfnisse und Probleme frühzeitig zu erkennen, diese zu analysieren und auf kantonaler Ebene zu koordinieren und zu vertreten.

Wir fördern den kreativen Erfahrungsaustausch zwischen den Institutionen mittels Fachkonferenzen, um gemeinsam innovative Ideen und Konzepte für das Gesundheitswesen und für die Gesellschaft zu entwickeln.

Wir suchen die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen, wo immer es dem Erreichen von gemeinsamen Zielen dient.



Heimleiter/-innenkonferenz

► **Von Aldo Pitsch, Präsident
Heimleiterkonferenz ab Juni 2004**

Als ich das Präsidium im Juni 2004 von Bruno Ritter übernommen habe, war es mir bewusst, dass in der Langzeitpflege schwerwiegende Aufgaben warteten.

**Kantonale Rahmenplanung 2004 der Angebote für
Pflege und Betreuung betagter Menschen**

Sie soll Gemeinden und Regionen über den zukünftigen quantitativen Bedarf an Angeboten für die Pflege und Betreuung betagter Menschen Auskunft geben. Der Kanton anerkennt entsprechende Angebote nur dann als beitragsberechtigt, wenn der Bedarf ausgewiesen ist.

Die Rahmenplanung bildet die Basis für die Aufnahme auf die Pflegeheimliste des Kantons. Unter dem stationären Bereich werden die Bewohner definiert und das Angebot umschrieben. Bemerkenswert ist unter der Rubrik spezielle Krankheiten, dass die Pflege und Betreuung von Menschen mit Hirnleistungsstörungen (u. a. Demenzkranke) in Alters- und Pflegeheimen erfolgen kann.

Tarife

Maximaltarife

Sie sind grundsätzlich so zu bemessen, dass sie von den Bezüglern mit EL aus ihren anrechenbaren Einkünften finanziert werden können. Mit dieser Vorgabe ist eine Querfinanzierung insbesondere der BESA Stufen 1 und 2 zu den BESA Stufen 3 und 4 unausweichlich. Das Festlegen von einem Tarif pro BESA Stufe hat dazu geführt, dass die Abstufungen u. a. in den Stufen 3 und 4 schwierig wurden und der Schritt von Stufe 3 zu Stufe 4 unverhältnismässig gross ausgefallen ist.

**Festsetzung der Pflēgetarife für kostenrechnungs-
führende Heime**

Auf den 01.01.2004 hat die Regierung die Tarife der 6 Heime, die eine Kostenrechnung per 2002 eingeführt haben, rückwirkend festgesetzt. Dies bedeutet, dass der KV-pflichtige Teil der Pflegekosten von den Krankenversicherern übernommen werden muss. Für den Bewohner bleiben die Grundtaxe und der Betreuungsanteil zu finanzieren. Es ist zu erwarten, dass die santésuisse Einsprache erheben wird. Der Bundesrat wird als Einspracheinstanz abschliessend den Umsetzungsentscheid fällen.

santésuisse 2005

Für die Tagesstätten ist eine Tarifentschädigung vereinbart worden. Die Krankenversicherer vergüten künftig abgestuft nach Pflegebedürftigkeit 75 % des Durchschnitts der jeweiligen Tarife pro BESA Stufe. Die Tarifverhandlungen mit santésuisse sind am 22.12.2004 abgeschlossen worden. Dank der Erhöhung der Rahmentarife in der BESA 3 von Fr. 60.– auf Fr. 65.– und BESA 4 von Fr. 70.– auf Fr. 80.– sind die Anpassungen befriedigend ausgefallen. Bezüglich des KV-pflichtigen Anteils, welcher die Krankenversicherer gemäss KVG und Verordnung übernehmen müssten, ist der Deckungsbeitrag von ø 43% in der BESA 4 und ø 52% in der BESA 3 allerdings noch immer unbefriedigend.

Aus- und Weiterbildung

Mit der Aufnahme der Arbeit der Bildungskommission unter der Leitung von Bruno Ritter ist eine neue Ära im Bildungsbereich der Langzeitpflege eingeläutet worden. Über 60 Lehrlinge haben im August die FAGE-Ausbildung angetreten. Die im Juni ausgeschriebenen BESA Kurse waren sehr gut besucht und mussten doppelt geführt werden.



Zur Erlangung der Betriebsbewilligung sind für alle Heime in Zukunft die minimalen Anforderungen an Ausbildungen für Heimleitungen und Pflegedienstleitungen in Bezug auf Gerontologie, Management, Führung so wie in fachlicher Ausbildung zu erfüllen.

Der Personalbestand bei hohem und sehr hohem Pflegebedarf sollte die Bedingungen des Tarifvertrags erfüllen. Die minimale Anforderung von 25% an diplomiertem Pflegefachpersonal genügt für eine qualitativ gute Pflege und Betreuung nicht.

Künftige Herausforderungen

- n Ab 2005 können nur Heime bei den Tarifverhandlungen der santésuisse berücksichtigt werden, die sich über eine Kostenrechnung ausweisen können.
- n Mit den neu definierten Maximaltarifen ist aus der Sicht der Finanzierungsmöglichkeit der Bewohner eine nicht mehr zu überschreitende Grenze erreicht worden.
- n Es muss ein Pflegefinanzierungsmodell, in welchem die Pflegeleistungen auch in der Langzeitpflege als «Krankheit» berücksichtigt werden, lanciert werden.
- n In nächster Zeit muss eine Regelung gefunden werden, in der Unterdeckungen nicht mehr von der Institution getragen werden müssen.
- n Jedes Heim sollte künftig auf Anhieb die vierjährige Betriebsbewilligung erhalten!

Dank

Ich möchte Bruno Ritter für seine ausgezeichnete Arbeit zu Gunsten der Heimleiterkonferenz meine Anerkennung aussprechen. Herr Evangelista ist es gelungen, nach kurzer Einarbeitungszeit würdig das Vertrauen der Heimleiterkonferenz zu gewinnen.

Ich danke allen, welche sich in irgendeiner Form für die Belange der Heimleiterkonferenz eingesetzt haben; speziell Herr Hanspeter Calörtscher, welcher die Landtagung mit der Abendveranstaltung in Illanz organisiert hat.

n

Bildungskommission Dritter Lernort FaGe

► **Von Bruno Ritter, Präsident
Bildungskommission**

Die Bildungskommission «Dritter Lernort FaGe» (BK) tagte zum ersten mal am 13. Februar 2004. Die Situation war für alle Beteiligten nicht ganz einfach, da man einerseits die Aufgaben und Arbeiten nur schwer einschätzen konnte; andererseits war klar, dass im Januar 2005 der erste überbetriebliche Kurs stattfinden wird. In Anbetracht dieser Ausgangslage war sich die Kommission einig, dass mit höchster Priorität der Bildungsplan, die Organisation und der Aufbau von Strukturen, Vorgaben und Reglemente erstellt werden mussten.

In der ersten Sitzung musste auch die Geschäftsstelle besetzt werden. Die Wahl fiel auf Nick NPO-Beratung, auch im Wissen, dass Reto Nick eine breite Erfahrung aus seinem Mandat als Geschäftsführer «Heime + Spitäler» mitbrachte und bereits anderweitig Strukturen für überbetriebliche Kurse aufgebaut hat.

Die eidgenössischen Vorgaben durch das BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) sind noch nicht definitiv und dies beurteilte man als sehr kritisch in dieser Konstellation. Im Weiteren stellte man fest, dass diejenigen Kantone, welche bereits Ausbildungslehrgänge aufgebaut haben, unterschiedliche Konzepte verfolgen.

Leider konnte auf schweizerischer Ebene keine nationale ODA (Organisation der Arbeit) gebildet werden, da die kantonalen Organisationen überhaupt nicht eingebunden gewesen wären. Vor allem H+ und die kantonalen ODA haben sich vehement dafür eingesetzt, dass sie in der nationalen Organisation vertreten sein müssen. Nun dürfte dies im Jahre 2005 erfolgen. Die kantonalen ODA bauten jedoch unter sich Kontakte auf, so dass informell ein gutes Netzwerk entstand.

In einem sehr engen Projektplan wurde zusammen mit dem Bildungszentrum Gesundheit und Soziales der Lehrplan für das erste Ausbildungsjahr aufgebaut. In einem zweiten Schritt wurden die Berufs-





bildner/innen für die überbetrieblichen Kurse rekrutiert, welche dann die fachspezifischen Elemente der ÜK (Überbetriebliche Kurse) erarbeiteten. Zeitgerecht konnten diese Arbeiten im Laufe des Oktobers 2004 abgeschlossen werden.

Immer wieder standen in der Bildungskommission Diskussionen an, bezüglich Ort der überbetrieblichen Kurse und Überschneidungen von Schule und Praxis. Beides ist nicht ganz einfach zu lösen, gilt es doch verschiedene Aspekte zu beachten.

Die Rollenfindung der drei Lernorte ist eine weitere Herausforderung. Zum einen steht beim zweiten Lernort die Wandlung der bisherigen Vollzeitschule in eine Berufsschule mit Theorievermittlung an. Zum anderen sind die ÜK als dritter Lernort im Sinne des Transferlernens auszugestalten. Zudem ist die Dauer der überbetrieblichen Kurse mit heute neun Wochen (45 Tage) sehr hoch und dürfte sich mit der ausstehenden Bildungsverordnung verringern.

Die Bildungskommission vertritt klar die Meinung, die überbetrieblichen Kurse sollten nicht in den gleichen Schulräumen stattfinden wie die Berufsschule. Zur Zeit ist dies durch die zeitliche Konstellation notwendig. Es gilt dabei aber die Kosten sehr genau zu beachten, gerade auch deshalb, weil sich die ÜK-Wochen verkürzen werden. Diese Thematik wird die BK sicher noch längere Zeit beschäftigen und kann nur durch zusätzliche Schulungsangebote kostenmässig erschwinglich gestaltet werden.

Finanziell kann das erste Jahr ausgeglichen abgeschlossen werden. Da bereits im Vorfeld für die Bildungskommission und die Geschäftsstelle 3. Lernort FaGe 100'000 Franken gesprochen wurden, mussten diesbezüglich keine besonderen Massnahmen erfolgen.

Gegen Ende des Jahres beschäftigten Personalprobleme die BK. Die Bildungskommission hatte bereits die Mandatsverlängerung mit Nick NPO-Beratung beschlossen. Nach Erarbeitung eines Review-Berichtes über die Tätigkeiten 2004 und den Ausblick auf die verschiedenen Aufgaben und ausstehenden Arbeiten für das Jahr 2005, ergab sich für Reto Nick eine zu hohe Belastung. Auf Grund dessen entschied er sich, das Mandat nicht zu verlängern. Die Bildungskommission erörterte verschiedene Möglichkeiten zur Besetzung der Geschäftsstelle. Aus verschiedenen Gründen entschied man sich, die Stelle neu in einem Angestelltenverhältnis zu besetzen.

Am 1. August 2004, mit Arbeitsbeginn am 2. August, begannen 63 Lehrlinge die neue Lehre Fachangestellte Gesundheit. Am 16. August war der erste Schultag, welcher in einer kleiner Feier im BGS (Bildungszentrum Gesundheit und Soziales) abgeschlossen wurde, aber auch ein klares Signal für die Zukunft sein sollte.

In einem neuen Umfeld und Aufgaben für das Gesundheitswesen hat die Bildungskommission bereits Richtungsweisende Entscheide getroffen und umgesetzt. Dass dies möglich wurde, ist unter anderem ein Verdienst aller Beteiligten, wie den Mitgliedern der BK, Nick NPO-Beratung als Geschäftsstelle, dem BGS, den Fachlehrern des BGS und der Berufsbildner/innen ÜK. Allen, die zum guten Gelingen des Projektes FaGe beigetragen haben, danken wir bestens.

Die Herausforderung war sehr gross und wir haben einen ersten wichtigen Schritt in der Umsetzung geschafft. Ich hoffe die vorhandene Dynamik bleibe bestehen, denn es erwartet uns auch zukünftig einiges. n



Geschäftsstelle

Was sich im 2004 Wesentliches getan hat!

- **Von Mario Evangelista,
Geschäftsführer H+S Graubünden**

Bereits anlässlich der Mitgliederversammlung vom 30. März 2004 in der Stiftung Scalottas Scharans konnten der Abschluss des Vertragspaketes im Spitalbereich, die Stellungnahme zum neuen Spitalfinanzierungsgesetz sowie die Stellungnahme zum 1. Revisionspaket KVG erläutert werden.

Vertragspaket für die Spitäler

Auch rückblickend ist festzustellen, dass mit dem im ersten Quartal 2004 geknüpften Vertragspaket für die Spitäler ein gewichtiges Geschäft im Jahre 2004 weitestgehend hatte abgeschlossen werden können. Dieses Vertragspaket umfasste den Vertrag für die allgemeinen Abteilungen der öffentlichen Spitäler, die Verträge für Halbprivate und Private Abteilungen mit den verschiedenen Versicherern und Einkaufsorganisationen der Versicherer, ein neuer Transportvertrag, sowie eine Absichtserklärung bezüglich der Rückabwicklung der allfälligen Differenz bei Feststehen des hoheitlich festzusetzenden Taxpunktwertes für ambulante Leistungen nach Tarmed.

Neue Spitalfinanzierung

Daneben gab die neue Spitalfinanzierung immer wieder Anlass zu ausserordentlichen Sitzungen der Direktoren, so die Vernehmlassungssitzungen oder die Besprechung mit einer Delegation des JPSP, die von Regierungsrat Martin Schmid angeführt wurde. Die letztgenannte Besprechung beinhaltete die damals befürchteten Mehrkosten, die sich aufgrund der durch die seco-Auslegung des Pikettdienstes, wie sie bis Ende 2004 galt, abzeichneten.

Unser Ziel – vom JPSP eine Vorgabe zu erhalten, wie diese befürchteten Mehrkosten zu budgetieren seien – wurde inso-

fern erreicht, als dass uns mitgeteilt wurde, dass auch die Umsetzung des Arbeitsgesetzes per 2005 keine Mehrkosten verursachen dürften. Zumindest seien keine solchen Mehrkosten für die Kantonsbeiträge im Rahmen des neuen Finanzierungsgesetzes unter diesem Titel anrechenbar. Zum Glück hatte das seco zum Ende des Jahres dann doch ein Einsehen und hob seine Auslegung des Pikettdienstes zugunsten einer neuen Lösung, die im 2005 von einer Arbeitsgruppe zu erarbeiten sein wird, aufgehoben.

In der letzten Grossratssession wurden dann zum Schluss des Jahres die von der Regierung vorgeschlagenen Beitragsansätze zur Finanzierung der Spitäler im 2005 festgesetzt, wie dies das neue Finanzierungsgesetz vorsieht. Der Antrag der Regierung blieb ohne wesentliche Änderung, leider trotz einer von den Spitaldirektoren unternommenen Information, die auf gewisse Schwierigkeiten hinwies.

KVG-Revision

Weiter waren die verschiedenen KVG-Revisionspakete selbstverständlich immer wieder Zentrum von Diskussionen und Aktivitäten. Insbesondere in Bezug auf die Pflegefinanzierung, wie auch die Spitalfinanzierung konnte über die nationalen Dachverbände Curaviva und H+ Die Spitäler der Schweiz auf deren Stellungnahmen Einfluss genommen werden. Als Zwischensieg konnte per Ende des Jahres die vom Bundesrat per 2005 erhöhten Rahmentarife für Pflegeheime verbucht werden. Dies immerhin als kleine Wiedergutmachung dafür, dass zuvor die Rahmentarife an sich für die Zeit bis nicht die definitive Pflegefinanzierung geregelt ist (geplante Einführung per 1.1.2007), nicht mehr überschritten werden dürfen und zwar auch nicht durch vertragliche Vereinbarung.



Dank der Rahmentariferhöhung konnten die bis dahin noch laufenden Verhandlungen mit santésuisse anlässlich der letzten Verhandlungsrunde vom 22.12.2004 auf einer Tariffhöhe abgeschlossen werden, wie sie wenige Wochen zuvor für santésuisse absolut indiskutabel gewesen war!

NFA und IV-Revision

Für den Behindertenbereich musste im 4. Quartal die Annahme der NFA durch das Volk zur Kenntnis genommen werden. Nun steht die kantonale Gesetzgebung

bezüglich der künftigen Finanzierung sowie ein Sonderschulkonzept (voraussichtlich in einem Gesetz) ins Haus. Ausserdem wird national bereits an der 5. IV-Revision gefeilt. Und auch da zeichnet sich weiterer Spardruck ab.

Viel wurde also im 2004 verändert und erledigt – und mindestens eben so viel wird im 2005 an Änderungen und Aufgaben auf unsere Mitglieder und den Verband zukommen! n

Mitgliederversammlung 2004 in Scharans

Der Mitgliederversammlung vom 30. März 2004 in der Stiftung Scalottas Scharans wohnten über 100 Mitglieder, Gäste, Medienvertreter/innen und selbstverständlich die Vorstandsmitglieder bei.

Die statutarischen Traktanden konnten rasch und diskussionslos behandelt werden. Präsidentin Ursina Valsecchi dankte dem per Ende Jahr von seinem Mandat als Geschäftsführer des Verbandes zurückgetretenen Reto Nick herzlich für die geleistete Arbeit und würdigte seine Verdienste um den Verband.

Gespannt lauschten die Anwesenden daraufhin dem Referat des Sanitätsdirektors des Kantons Graubünden, Regierungsrat Martin Schmid. Er erläuterte aktuelle Themen aus seiner Sicht und streifte so unter anderem das neue Spitalfinanzierungsge-



Präsidentin bei der speditiven Behandlung der statutarischen Traktanden



Luzi Tschamer erläutert die Geschichte der gastgebenden Institution, die Stiftung Scalottas



setz, die Neukonzeption des Spitalplatzes Chur sowie die nationalen Gesetzesrevisionen.

Weiter konnten die Anwesenden den Ausführungen des neuen Geschäftsführers, Mario Evangelista, zu seinen ersten 100 Tagen im Amt, zur laufenden in Paketen aufgeteilten KVG-Revision und bereits in Angriff genommene 5. IV-Revision lauschen. Nicht minder interessiert wurde daraufhin das zum Abschluss des offiziellen Teils gehaltene Referat von Luzi Tscharner, Geschäftsleiter der Stiftung Scalottas, zur aktuellen Situation der Stiftung Scalottas zur Kenntnis genommen.

n



Reto Nick dankt der Präsidentin für ihre Abschiedsworte und den Anwesenden für die stets gute Zusammenarbeit



Der «alte» und der «neue» Geschäftsführer bei der Mitgliederversammlung, Reto Nick (links) und Mario Evangelista



Voller Saal bei der Mitgliederversammlung und mitten drin Regierungsrat Martin Schmid



Jahresrechnung und Bilanz 2004

Heime + Spitäler

Jahresrechnung 2004

Ertrag

Mitgliederbeiträge		Fr. 307562.00
Kursrerträge		Fr. 9400.00
PC/Bankzinsen		Fr. 1121.05
Diverse Erträge Sekretariat		Fr. 23951.75

Aufwand

Entschädigung Organe/Sekretariat	Fr. 177108.25	
Spesen/Reisespesen Organe	Fr. 7332.75	
Sozialversicherungen	Fr. 22816.80	
Mieten	Fr. 13800.00	
Abschreibungen	Fr. 7633.15	
Büroaufwand	Fr. 15978.80	
Mitgliederbeiträge	Fr. 4080.25	
Rechtsaufwendungen	Fr. 4510.90	
(Homepage/Inserate) PR	Fr. 1098.85	
Projekte	Fr. 0.00	
Kurse	Fr. 8165.50	
Sonstige Aufwendungen	Fr. 4244.20	
Gewinn	Fr. 75265.35	

Total Ertrag und Aufwand	Fr. 342034.80	Fr. 342034.80
---------------------------------	---------------	---------------

Bilanz per 31. Dezember 2004

Aktiven

Postcheck	Fr. 29802.86	
Depositokonto	Fr. 90101.55	
GKB	Fr. 3024.30	
Debitoren	Fr. 28449.90	
Debitor Verrechnungssteuer	Fr. 338.30	
Transitorische Aktiven	Fr. 2985.00	
Einrichtungen	Fr. 1.00	

Passiven

Kreditoren		Fr. 0.00
Transitorische Passiven		Fr. 5061.00
Verbandsvermögen		Fr. 74376.56
Jahreserfolg		Fr. 75265.35

Total	Fr. 154702.91	Fr. 154702.91
--------------	---------------	---------------



H+S Jahresrechnung 2004 im Vergleich

Ertrag

	Jahresrechnung 2003	Jahresrechnung 2004	Budget 2004
Mitgliederbeiträge	231430.00	307562.00	308000.00
Kursserträge	4608.95	9400.00	0.00
Post- und Bankzinsen	231.20	1121.05	200.00
Diverse Erträge Sekretariat	0.00	23951.75	0.00
Total Ertrag	236270.15	342034.80	308200.00

Aufwand

Entschädigung Organe/Sekret.	209504.90	177108.25	192000.00
Spesen/Reisespesen	7098.70	7332.75	7000.00
Sozialversicherungen	1547.60	22816.80	13000.00
Mieten		13800.00	12000.00
Abschreibungen		7633.15	
Unterhalt, Rep., Ersatz			1000.00
Sachversicherung			1000.00
Energie und Reinigung		in Miete inkl.	2000.00
Büroaufwand	12802.25	15978.80	30000.00
Mitgliederbeiträge	4182.35	4080.25	2000.00
Rechtsaufwendungen	9052.00	4510.90	30000.00
Homepage Internet = PR	747.85	1098.85	im Büroaufwand
Projekte	408.85	0.00	10000.00
Mitgliederversammlung			3000.00
Kurse		8165.50	
Sonstige Aufwendungen	2118.10	4244.20	5000.00
Total Aufwand	263527.00	266769.45	308000.00
Gewinn/Verlust	(27256.85)	75265.35	200.00

Revisorenbericht 2004

H+S

Revisionsstelle des Verbandes Heime und Spitäler Graubünden

An die Generalversammlung
des Verbandes Heime und Spitäler Graubünden

Bericht der Revisionsstelle

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Revisionsstelle haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) des Verbandes Heime und Spitäler Graubünden für das am 31. Dezember 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr 2004 geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen.

Wir stellen fest, dass

- die Bilanz und die Erfolgsrechnung mit der Buchhaltung übereinstimmen,
- die Buchhaltung ordnungsgemäss und sauber geführt ist und die Belege vorhanden sind,
- sich das Vereinsvermögen von CHF 74'376.56 mit einem Jahreserfolg von CHF 75'265.35 auf neu CHF 149'641.91 erhöht hat.

Unsere Prüfung erfolgte nach Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir haben in diesem Zusammenhang empfohlen, den Zeitpunkt der Übergabe der Rechnungsführung an einen neuen Geschäftsleiter zu nutzen, den Kontenplan zu Gunsten einer besseren Transparenz und einer Vereinfachung neu zu ordnen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

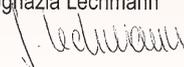
Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung Gesetz und Statuten.

Wir empfehlen, die vorgelegte Jahresrechnung zu genehmigen.

Chur, 17. Januar 2005

Die Rechnungsrevisorinnen


Elisabeth Helbling, lic. phil. I


Ignazia Lechmann

Jahresrechnung und Bilanz 2004

Dritter Lernort FaGe

Jahresrechnung 2004

Ertrag

Ertrag Kurse Berufsbildnerinnen (2 Kurse)		Fr.	30600.00
Ertrag Diverse Kurse		Fr.	31669.90
Beiträge Betriebe		Fr.	104640.00
Übriger Ertrag		Fr.	5810.50
Bank- und PC Zinsen		Fr.	57.50

Aufwand

Betriebsmittel Kurse	Fr.	6385.50	
Büromaterial	Fr.	11525.80	
Drucksachen + Fachliteratur	Fr.	1087.50	
Porti, Postcheckspesen	Fr.	1018.90	
Büroaufwand	Fr.	1385.70	
Sonstige Betriebsaufw.	Fr.	1369.75	
Mietzinse	Fr.	773.20	
Löhne/Honorare	Fr.	137399.00	
Honorare/Sitzungsgelder BK	Fr.	5160.00	
Unfallversicherungsprämien	Fr.	100.00	
Spesen/Reisespesen	Fr.	2536.20	
Vorschlag	Fr.	4036.35	

Total Ertrag und Aufwand	Fr.	172777.90	Fr.	172777.90
---------------------------------	------------	------------------	------------	------------------

Bilanz per 31. Dezember 2004

Aktiven

Postcheck	Fr.	35061.00	
Debitor Verrechnungssteuer	Fr.	18.30	
Transitorische Aktiven	Fr.	2849.25	

Passiven

Kreditoren		Fr.	18495.60
Transitorische Passiven		Fr.	15200.00
Kapital		Fr.	196.60
Vorschlag		Fr.	4036.35

Total	Fr.	37928.55	Fr.	37928.55
--------------	------------	-----------------	------------	-----------------

Revisorenbericht 2004

FaGe



Revisionsstelle 3. Lernort FaGe

An die

- Betriebskommission 3. Lernort FaGe

Bericht Revisionsstelle

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Revisionsstelle haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) des 3. Lernort FaGe, für das am 31. Dezember 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr 2004 geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand der Betriebskommission verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen.

Wir stellen fest, dass

- Die Bilanz und die Erfolgsrechnung mit der Buchhaltung übereinstimmen
- Die Buchhaltung ordnungsgemäss und sauber geführt ist und die Belege vorhanden sind,
- sich das Vereinsvermögen auf Fr. 4232.95 beläuft.

Unsere Prüfung erfolgte nach Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

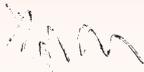
Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung Gesetz und Statuten.

Wir empfehlen, die vorgelegte Jahresrechnung zu genehmigen.

Chur, 12. Januar 2005

Die Rechnungsrevisoren


Jgnazia Lechmann


Sergio Ferrari

Organe

Vorstand

Präsidentin: Ursina Valsecchi, Flerden

Vizepräsident: Victor Peer, Ramosch

Mitglieder: Rudolf Haltiner, Chur
Erich Hohl, Castrisch
Hubert Kempfer,
Rothenbrunnen
Heidi Mathis, Schiers
Aldo Pitsch, Chur
Bruno Ritter, Thusis
Prof. Dr. Hans Peter
Simmen, Samedan
Josua Thöny, Schiers †

Stellvertreter/
innen:

Livio Andri, Chur
Stv. Spitalärztepräsident
vakant
Christian Clement, Chur
Erhard Danuser, Chur
Hans Herger, Ilanz
Marlies Kuenz, Chur
Claudio Morell, Samedan
Christophe Samabalé,
Scharans
Imelda Schneuwly, Ilanz

Fachkonferenzen

Präsidentenkonferenz

Vorsitzende: Ursina Valsecchi, Flerden

Spitalärztekonzferenz

Vorsitzender: Prof. Dr. Hans Peter
Simmen, Samedan

Spitaldirektorenkonferenz

Vorsitzender: Josua Thöny, Schiers †
(Stv. Claudio Morell,
Samedan)

Heimleiter/innenkonferenz Betagte

Vorsitzender: Bruno Ritter, Thusis
ab April 2004: Aldo Pitsch, Chur

Fachkonferenz Kinder/Jugend

Vorsitzender: Hubert Kempfer,
Rothenbrunnen

Fachkonferenz Wohn- und Arbeitsstätten

Vorsitzender: Rudolf Haltiner, Chur

Pflegeskaderkonferenz Spitäler

Vorsitzende: Heidi Mathis, Schiers

Pflegeskaderkonferenz Heime

Vorsitzende: Ursula Berni, Chur
ab April 2004: Erich Hohl, Castrisch

Rechnungsrevisoren

Elisabeth Helbling, Chur
Jgnazia Lechmann, Trun
Stellvertretung: Guido Badilatti,
Poschiavo

Bildungskommission

Vorstand

Präsident: Bruno Ritter, Thusis

Vizepräsident: Luzi Tschärner, Scharans

Mitglieder: Roman Andri, Sta. Maria
Daniel Erne, Samedan
Urs Gunzinger, Ilanz
Ida Maissen-Bruhlin,
Sevgein
Thomas Pfiffner, Chur
Thomas Wieland, Chur

Mitglieder ohne

Stimmrecht: Pia Felchlin, Chur
Rosa Gartmann, EKUD,
Chur
Veronika Niederhauser,
BGS, Chur

**Verhandlungsdelegation H+S/santésuisse –
Bereich Spitäler**

Vorsitz: Josua Thöny † (Vertreter
Spitaldirektorenkonferenz)
Stv. Claudio Morell,
Samedan

Mitglieder: Dr. Arnold Bachmann
(Vertreter Spitaldirektoren-
konferenz)
Josef Müller (Vertreter Spi-
taldirektorenkonferenz)
Prof. Dr. Hans Peter Sim-
men (Vertreter Spitalärzte-
konferenz)
Markus Hehli (Tarmed/
Vertreter Spitaldirektoren-
konferenz)
Geschäftsführer

**Verhandlungsdelegation H+S/santésuisse –
Bereich Heime**

Vorsitz: Bruno Ritter
Aldo Pitsch
Josua Thöny †
Nachfolger:
Richard Hebeisen
Geschäftsführer

Tarifkommission

Vorsitz: Josef Müller

Mitglieder: Dr. Kurt Biedermann
Dr. Andrea Bleisch
Rico Camen

ab Nov. 2004 Andrea Seifert
Maria Campa
Thomas Günter
Rita Jenny
Martha Müller

ab Nov. 2004 Claudia Fedi
Geschäftsführer

**Vertretungen in externen
Kommissionen und Verbänden**

Schweizerischer Verband der Spitaldirektoren (SVS)

Präsident: Dr. Arnold Bachmann

**TCM (Traditionelle Chinesische Medizin)
Institut Chur**

Vertreter H+S: Silvio Zuccolini

**Prüfungsexperten Kaufmännische
Lehrabschlussprüfungen Krankenhauswesen**

Hauptexperte: Silvio Zuccolini
Experten: Urs Binder
Ludovic Desax
Claudio Morell
Josef Müller
Josua Thöny †

Rettungskommission

Vertreter H+S: Peter Philipp

Aktivkonferenz Heime H+ Die Spitäler der Schweiz

Vertreter H+S: Livio Andri

Delegierte «CuraViva»

Delegierte H+S: Erhard Danuser
Luzius Flury
Bruno Ritter
Aldo Pitsch

Aktivkonferenz Psychiatrie H+

Delegierter H+S: Beda Meyer

Seniorenrat Schweiz

Aldo Pitsch

Delegierte INSOS

Delegierte H+S: Erhard Danuser
Ruedi Haltiner
Felix Karrer

Ersatz: Gieri Vinzens

INSOS (Kantonalgruppe)

Ruedi Haltiner

AGOGIS, Regionalkommission Ostschweiz

Vertreter H+S: Ruedi Haltiner



**HEI M E +
SPITÄLER
GRAUBÜNDEN**

Loestrasse 220
7000 Chur
Tel. 081 354 08 30
Fax 081 354 08 32
E-Mail hs-gr@pdgr.gr.ch
www.hs-gr.ch